

# Politiker der Großregion kämpfen für Ausbau der Moselschleusen

Rolf Seydewitz

**Die Länderminister Roger Lewentz und Heiko Maas (beide SPD) haben in Trier einen raschen Ausbau der Moselschleusen gefordert. Auch CDU-Bundestagsabgeordnete machen Druck bei der Bundesregierung.**

Ein Bild mit Symbolcharakter: Als sich der rheinland-pfälzische Infrastrukturminister Roger Lewentz am Dienstagnachmittag mit seinem saarländischen Kollegen Heiko Maas an der Trierer Schleuse traf, warteten dort gerade drei größere Schiffe auf ihre Abfertigung. Weil die Schleuse nur eine Kammer hat, kann das dauern. Das ist der Hauptgrund, warum alle zehn Moselschleusen zwischen Trier und Koblenz mit einer zweiten Kammer aufgerüstet werden sollen. Geschätzte Kosten: 400 Millionen Euro.

Weil dem Bund Geld fehlt, hat [Verkehrsminister Peter Ramsauer \(CSU\) das Projekt jedoch auf Eis gelegt](#). „Auf den St. Nimmerleinstag verschoben“, meint Roger Lewentz. Das werde man nicht hinnehmen, betont sein Amtskollege Maas. Beider Hoffnung: Auch die Luxemburger und Lothringer werden sich dem Protest noch anschließen. Laut Lewentz und Maas war vereinbart, alle Schleusen bis 2025 auszubauen. Das brächte der Schifffahrt acht Stunden Zeitersparnis zwischen Trier und Koblenz.

Rund 16 Millionen Tonnen Güter jährlich werden auf der Mosel transportiert. Und der Verkehr werde in den nächsten Jahren massiv zunehmen, prophezeit Heiko Maas. „Wirtschaftlich ist der Ausbau fürs Saarland von existenzieller Bedeutung“, kritisiert der Minister die Rolle rückwärts seines Berliner Kollegen Peter Ramsauer. „Es geht auch um die Verlässlichkeit von Politik“, stimmt Triers Oberbürgermeister Klaus Jensen (SPD) zu.

Gut möglich, dass der breite Protest im Bundesverkehrsministerium nicht ungehört verhallt. Die beiden CDU-Bundestagsabgeordneten Bernhard Kaster und Patrick Schnieder haben sich am Dienstag mit Minister Ramsauer getroffen und den CSU-Mann nach ihren Angaben nachdrücklich auf die Notwendigkeit des Ausbaus hingewiesen. Ramsauers Ziel sei es nun, die Gelder im 2013er Bundeshaushalt so umzuschichten, „dass im selben Jahr der Baubeginn anfinanziert werden kann“, sagte Schnieder dem Volksfreund.